Hagen Reinhold

Freie Demokraten
Fraktion im Bundestag FDP

ABGEORDNETER DER FREIEN DEMOKRATEN IM BUNDESTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

in einer doppelten Sitzungswoche kommen viele Themen zusammen. Während der Corona-Krise ist die Herausforderung unlängst größer, als Opposition die Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Regierung und die Gesetzgebungskompetenz aufrechtzuerhalten - insbesondere, da die Bundesregierung auf Grund der vielen und schnellen Entwicklungen in den letzten Wochen sehr viele "Freiheiten" genießen konnte. In den vergangenen Sitzungswochen haben wir Freie Demokraten die große Einmütigkeit in der Frage des Krisenmanagements beendet. Das Land ist nun besser vorbereitet und wir wissen mit jedem Tag mehr. Darum haben wir das zweite Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite abgelehnt. In den Beratungen im Bauausschuss haben wir uns mit der Notwenigkeit der fortlaufenden Mietzahlung beschäftigt . Wie wichtig diese fortlaufenden Zahlungen sind, habe ich ebenfalls in einer Rede im Plenum thematisiert. Mit unseren Anträgen haben wir diese Woche eine Belebung der Konjunktur nach marktwirtschaftlichen Prinzipien, eine sachgerechte Politik für Festivals und Veranstaltungen sowie für die Landwirtschaft gefordert. Einen besorgniserregenden und vermutlich unfreiwilligen Einblick in ihr besonderes Geschichtsverständnis gab uns dann noch die AfD in einer der digitalen Sitzungen - aber lesen Sie selbst...

Ihr Hagen Reinhold.

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag

WAS WAR IM AUSSCHUSS:

Die Ausschusssitzungen in dieser doppelten Sitzungswoche waren vor allem von den vielen Gesetzesentwürfen und Anträgen zur Covid-19 Pandemie geprägt, die in den vergangenen Wochen in erster Lesung im Plenum behandelt und in die Ausschüsse überwiesen wurden. Insbesondere ging es um die Frage, wie mit ausgesetzten Mietzahlungen umgegangen werden sollte. Hier gilt es, unter allen Umständen einen Domino-Effekt zu verhindern. Wenn Vermieter über lange Zeit keine Miete erhalten, können sie unter Umständen ihre Kredite nicht mehr bedienen, was die Banken in der Folge in Probleme bringen könnte. Eine zweite Bankenkrise zusätzlich zur Corona-Krise dürfen wir aber unter keinen Umständen zulassen.

Wegen dieser Gefahr des Dominoeffekts bei Mietern, Vermietern und Banken ließen wir uns von der Bundesregierung über das letzte Treffen des "Wohnungswirtschaftlichen Rates" berichten. Dieser Rat ist eines der verschiedenen Beratergremien aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die die Bundesregierung bei ihrer Arbeit unterstützen. Der Rat, in dem beispielsweise Eigentümerverbände wie Haus&Grund, aber auch Wohnungsverwalter und Verbände der kommunalen Wohnungsunternehmen sitzen, berichtete, dass vermehrt Mietzahlungen auf Grund von Covid-19 gestundet werden. Wir haben als Opposition Druck auf die Regierung gemacht, dass endlich eine Lösung wie das geforderte Sonder-Wohngeld der Freien Demokraten umgesetzt wird.

Wir Liberale drängen die Bundesregierung, auch aus der Krise etwas Positives zu ziehen. Das im Ausschuss behandelte Planungssicherungsgesetz (PlanSiG) ist so ein Fortschritt. Mit diesem Gesetz hat es einen massiven Fortschritt bei Digitalisierung und Transparenz bei Bauplänen in den Kommunen geben. Nach geltender Rechtslage müssen diese Baupläne derzeit noch analog vor Ort ausliegen. Das hat das Gesetz jetzt geändert, die Pläne müssen jetzt auch online einsehbar sein. Unsere erfolgreiche Oppositionsarbeit konnte man diese Woche wieder daran sehen, dass die Bundesregierung bspw. unserer Anregungen zum Datenschutz und zur Evaluierung des Gesetzes nun aufgenommen hatte. Darum haben wir dem Gesetz auch im Plenum nun endgültig zugestimmt. Es ist allerdings immer noch zeitlich begrenzt, - ein Umstand, den wir nicht nachvollziehen können. Darum werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass dieser Digitalisierungsschritt dauerhaft umgesetzt wird.

Außerdem hatte ich einen Bericht über den aktuellen Stand der Reform des Baugesetzbuches (BauGB) von der Bundesregierung angefordert. Die Novelle sollte ursprünglich im August 2019 erscheinen und wird seitdem immer wieder verschoben. Mit der Novelle des BauGB soll u.a. schneller und billiger gebaut werden können. Der Bericht des Bauministeriums war mit sechs Zeilen nichts sagender Floskeln eine Frechheit. Er zeigt aber auch die Konflikte zwischen den Ministerien. Wir wissen, dass die Reform wahrscheinlich auf Grund eines Streits zwischen dem unionsgeführten Bauministerium und dem SPD-geführten Finanzministerium festhängt. Hier machen wir als Opposition weiter Druck, dass die Novelle wenigstens bis Ende der Legislaturperiode beschlossen sein wird.

Im Wirtschaftsausschuss haben wir in dieser Woche wieder ein Update zu den aktuellen Zahlen der Corona-Krise von Minister Altmaier erhalten. Bei der KfW sind bisher 39.551 Anträge von einem Antragsvolumen von 39, 3 Mrd. Euro eingegangen, bewilligt wurden bereits 21, 6 Mrd. Euro. Kleine Unternehmen und Selbständige haben rund 2 Mio. Anträge gestellt und ca. 12 Mrd. Euro wurden bisher bewilligt. In MV wurden 41.800 Anträge gestellt, von denen über 30.000 bisher bewilligt wurden. Und trotz leichter Erholung bei den Ausfuhren, gibt es Beeinträchtigungen im Handel und in der Industrie. Auch die Wiedereröffnung des Einzelhandels zeigt nur langsam eine Belebung der Geschäfte.

Neben der aktuellen Lage wurde auch das dann ins Plenum eingebrachte Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2017 (DR 19/18964) im Wirtschaftsausschuss debattiert. Wir haben für den Antrag gestimmt und somit für die endgültige Streichung der Privilegien für Bürgerenergiegesellschaften bei Ausschreibungen für Windenergieanlagen an Land. Im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie wird es im Antragsverfahren 2020 für die Besondere Ausgleichsregelung ermöglicht, die Wirtschaftsprüferbescheinigung und das Zertifikat zur Energieeffizienz bis 30. November 2020 nachzureichen. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie erhält die Kompetenz, Verordnungen zur Feststellung der Eignung von Flächen für die Windenergienutzung auf See zu erlassen. Diese und andere Anpassungen sind richtig, um negative Auswirkungen der Maßnahmen gegen die COVID19-Pandemie auf die Wirtschaft zu begrenzen.

Planungssicherstellungsgesetz

Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

WAS WAR IM PLENUM:

Rede des Fraktionsvorsitzenden

Christian Lindner hat in seiner Rede zur Regierungserklärung der Kanzlerin klar gemacht, dass die große Einmütigkeit in der Frage des Krisenmanagements beendet ist. Wir wollen und müssen das Land schrittweise öffnen. Wir lernen jeden Tag mehr über das Virus und müssen jeden Tag die Einschränkungen unserer Grundrechte und Freiheiten erneut hinterfragen. Wir müssen jetzt lokale und angemessene Maßnahmen verhängen oder aufheben. Das hat unser Fraktionsvorsitzender in seiner Rede nochmals hervorgehoben.

Rede von Christian Lindner

Rede von Bundeskanzlerin Merkel

Diese Plenarwoche startete mit der Regierungsbefragung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Mein Parteikollege Manuel Höferlin fragte nach der Fertigstellung der geplanten Corona-Tracing-App der Bundesregierung. Seit „mehr als sieben Wochen“ arbeitet die GroKo nun an diesem Projekt, ohne das dabei etwas rausgekommen ist. Das Bundeskanzleramt hat zwar die Koordinierung übernommen. Trotzdem soll die App erst im Juni fertig sein. Das ist nicht zufriedenstellend. Die Kanzlerin betonte, dass eine solche App-Entwicklung dauere, „sei auch nichts „Neues“. Was wie ein trauriges Eingeständnis klingt, ist leider ernst gemeint. Man arbeite aktuell an den Schnittstellen für die Betriebssystembetreiber. „Diese werden dieser Tage bereitgestellt“, sagte die Kanzlerin und betonte, „Gründlichkeit und Datenschutz“ müssten eben gewährleistet sein - Hoffen wir auf ein gutes Ergebnis der GroKo. Sie hatten wirklich Zeit genug.

Rede von Angela Merkel

Damit zur Corona-Krise nicht noch eine ausgewachsene Bankenkrise hinzukommt, müssen wir den Bürgern helfen, weiter ihre Mieten zahlen zu können. Wenn die Mieter ihren Verbindlichkeiten nicht mehr nachkommen können, laufen wir Gefahr, dass erst die Mieter, dann die Vermieter und am Ende die Banken und Finanzmärkte fallen wie Dominosteine. Zu diesem Thema habe ich am Mittwoch im Parlament gesprochen. Wir Freie Demokraten haben uns schon seit Beginn der Krise dafür eingesetzt, die vorhandenen Mittel und Strukturen des Sozialstaates wie das Wohngeld zu erhöhen und effektiv zu nutzen. So könnten wir Bürokratie vermeiden und Mittel zielsicher einsetzen. Auch der Vorschlag der Grünen, einen Mieten-Sonderfonds über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aufzusetzen, hatte, trotz einiger handwerklicher Fehler, seine Vorteile. Unfähig zur konstruktiven Mitarbeit waren wie üblich die Linken. Deren Fraktion hatte schnell den Klassenfeind ausgemacht: Die "bösen gewinnorientierten" Vermieter. Aber mit alten Feindbildern macht man in modernen Zeiten keine gute Politik.

Grundrente

Die Bundesregierung will die Renten langjährig Versicherter mit unterdurchschnittlichem Einkommen mit einer Grundrente aufstocken. Die Groko meint, ihr Modell sei "zielgenau und vernünftig finanziert". Mein Kollege Johannes Vogel sprach genau diese Eigenschaften dem Modell von Sozialminister Heil ab. Die Grundrente geht an vielen Bedürftigen vorbei und die Finanzierung steht auf äußerst wackligen Füßen. Dabei ist ein Konzept gegen Altersarmut seit langem überfällig. Finanzminister Scholz will die Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung der Grundrente verwenden. Eine Steuer, die es nicht gibt und vermutlich auch nie geben wird, kann man auch nicht zur Finanzierung benutzen. Mein Kollege Vogel wies die Regierung nochmals auf unser Modell der liberalen Basis-Rente hin, mit dem Altersarmut kein Thema mehr wäre. Die Grundrente der Koalition wurde in die Ausschüsse verwiesen, wir Freie Demokraten werden weiter für eine solide und verlässliche Basis-Rente kämpfen.

Rede von Johannes Vogel

FDP-Antrag zur Basis-Rente

Wohnungseigentum selbstbestimmt und praktikabel gestalten

Unsere Fraktion fordert in ihrem Antrag (19/18955) von der Bundesregierung einen Entwurf zur Reform des Wohnungseigentumsgesetzes vorzulegen, der beim Wohneigentumsgesetz (WEG) für eingesetzte Hausverwaltungen in Ermangelung anderweitiger Beschlüsse der Eigentümerversammlung einen abschließenden Aufgaben- und Befugniskatalog vorsieht: Die Bestellung eines Hausverwalters durch die Eigentümerversammlung soll für den Fall, dass ihm weitergehende Aufgaben und Befugnisse anvertraut werden sollen und der Verwalter nicht zugleich Mitglied der Wohnungseigentümergemeinschaft ist, von einem Sachkundenachweis des Verwalters abhängig gemacht werden. Für Beschlüsse der Eigentümerversammlung im Umlaufverfahren wollen wir Freie Demokraten auf das Erfordernis der Einstimmigkeit verzichten und stattdessen eine qualifizierte Mehrheit verlangen, bei der die Mehrheit der abgegebenen Stimmen zugleich die Mehrheit der Miteigentumsanteile repräsentieren muss. Auch sollte den Eigentümern ermöglicht werden, über die verbindliche Nutzung einer digitalen Plattform für die jeweilige Wohnungseingetümergemeinschaft zu entscheiden. Anträge für die Eigentümerversammlung sollen nur noch über das Intranet eingebracht werden können. Dafür wollen wir allen Miteigentümern ungehinderten Zugriff auf die Plattform gewähren.

Dazu finden Sie hier unseren Antrag.

Wirtschaftliche Wiederbelebung nach Corona

Unsere Fraktion forderte die Bundesregierung in unserem Antrag auf, die geplanten staatlichen Unternehmensbeteiligungen im Rahmen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds durch den Erwerb von stillen Beteiligungen und andere Beteiligungen ohne Stimmrecht auszuüben und nur mit Zustimmung des Bundestages mit Stimmrecht vorzusehen. Unsere Fraktion fordert ein eindeutiges Verfallsdatum im Gesetz zur Errichtung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds, der nach 2020 schnellstmöglich abzuwickeln und aufzulösen ist. Damit wollen wir eine schleichende Verstaatlichung der Wirtschaft unter dem Mantel Corona-Krise verhindern. Wir Freie Demokraten fordern in unserem Antrag außerdem den Verzicht auf undifferenzierte, nicht zielgerichtete Konjunkturprogramme. Sollten staatliche Unterstützungsmaßnahmen notwendig sein, muss darauf geachtet werden, dass sie den Wettbewerb zwischen den Unternehmen nicht zulasten der Leistungsfähigsten verzerren und vor allem dort wirken, wo die größten Probleme bestehen, die durch die Branchen nicht selbst zu lösen sind.

Für Direktinvestitionen aus dem Ausland sollen keine Hürden aufgebaut werden. Wir setzten uns mit unserem Antrag dafür ein, dass die geplante Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes zurückgenommen wird. Außerdem sollten die staatliche Beteiligungen an der Deutschen Post AG und der Deutschen Telekom AG endlich privatisiert werden. Die Regierung muss sich bei neuen Beteiligungen, die nicht im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie oder ihrer wirtschaftlichen Folgen stehen. Im Klimaschutz plädieren wir Freie Demokraten für eine Ausweitung des europäischen Emissionshandels statt neuer begrenzter nationaler Maßnahmen wie Brennstoffemissionshandel. Die staatlich veranlassten Stromkostenbestandteile wie Stromsteuer und Erneuerbare-Energien-Gesetz-Umlage, müssen gesenkt werden. Darüber hinaus treten wir, die FDP, für die Stabilisierung der Finanzen der Rentenversicherung und die aktienorientierte Ausgestaltung der privaten Altersvorsorge ein.

Hier finden Sie unseren Antrag.

Unabhängigkeit und Innovation zur Krisenprävention in der Landwirtschaft

Der Landwirtschaft steht unter Umständen der nächste Dürre-Sommer bevor. Wir bemängeln bei der Landesregierung schon lange, dass die außer "Geld-mit-der-Gießkanne-verteilen" keine Strategien für die Bauern bietet. Wir wollen stattdessen für Betriebe, die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft beziehen, die Bildung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage bis zur Höhe des durchschnittlichen Gewinns der vergangenen vier Wirtschaftsjahre ermöglichen. Dieser Ansparbetrag muss dann auf einem separaten Bankkonto hinterlegt werden, um somit die betriebliche Risikovorsorge steuerrechtlich anzureizen und vergleichbaren Instrumenten zur Gewinnglättung wie dem Investitionsabzugsbetrag gleichzustellen. Die ertragswirksame Auflösung der Risikoausgleichsrücklage muss dann unbürokratisch möglich sein. Wir setzen uns auch dafür ein, der Landwirtschaft durch moderne Technologie, Forschung und Digitalisieurng mehr Möglichkeiten geboten werden, auf das veränderte Klima zu reagieren. Dazu gehören kostenlos zur Verfügung gestellte Geo- und Wetterdaten, sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekte in der grünen Gentechnik und bei modernen Bewässerungssystemen.

Hier finden Sie unseren Antrag.

Zweites Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite

Eines der Themen, dass diese Woche viele Menschen bewegt hat, war das "Zweite Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite". Am Anfang der Corona-Krise war eine gemeinsame Bewältigung von Regierung und Opposition natürlich wichtig. Doch jetzt wissen wir mehr und fangen immer stärker an, die Regierung zu kontrollieren und zu kritisieren. Wir haben dieses Gesetz mit dem Verweis auf unsere verfassungsrechtliche Bedenken abgelehnt. Das Gesetz gibt der Bundesregierung zu viel Macht, über Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundestages zu regieren. Das konnten wir als liberale Rechtsstaatspartei nicht mittragen. Meine Kollegin aus dem Gesundheitsbereich, Frau Aschenberg-Dugnus, fasste es passend zusammen: „Die Beteiligungs- und Kontrollrechte des Parlaments bleiben hier eindeutig auf der Strecke."

Hier finden Sie einen Beitrag zur Debatte.

Gutscheinlösung für Festivals und Veranstaltungen

Am Donnerstag wurde das Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Covid-19-Pandemie im Veranstaltungsvertragsrecht, auch als Gutscheinlösung bekannt, beschlossen. Veranstalter und Festivalbetreiber bekommen durch das Gesetz die Möglichkeit, Gutscheine für die durch die Covid-19 Pandemie abgesagten Veranstaltungen auszugeben, statt den Käufern das Geld zu erstatten. Das Gesetz ist für M-V von besonderer Bedeutung, da die jährlichen Festivals in unserem Bundesland gleichermaßen Publikumsmagnet und ein nicht unwichtiger Wirtschaftsfaktor sind. Sie zeihen jedes Jahr hunderttausend Menschen in unsere Ländlichen Räume. Die verschiedenen Festivals wurden im Zuge der Corona-Krise abgesagt oder stehen vor unsicheren Eröffnungsterminen.

Ich habe daher die Landesregierung aufgefordert, so schnell wie möglich die kleinen Festivals zu erlauben. Denn wir müssen den Festival-Betreibern Möglichkeiten bieten, wie sie bis zum Ende der Pandemie mit der Situation umgehen können. In den vielen kleinen und mittleren Festivals in Mecklenburg-Vorpommern wie mit dem Barther Metal Open Air und den Festspielen M-V sehe ich so eine Möglichkeit. Die Festivalbetreiber können selbstbestimmt prüfen, wie eine Umsetzung von Hygiene-Vorschriften und Abstandsregeln machbar wäre. Wir müssen alle Chancen nutzen, das Beste aus diesem Sommer zu machen und vieles im nächsten Jahr nachholen und besser machen zu können.

Hier finden Sie einen Beitrag zur Debatte.

Hier finden Sie unsere Pressemitteilung zum Thema.

Tour läuft an mit großem Interesse

Dialog und Diskurs sind wichtig, dass haben wir schon in der letzten Ausgabe betont, weshalb wir auch großen Wert auf unsere gemeinsame Tour mit der FDP Mecklenburg-Vorpommern legen. Durch die Corona-Pandemie verzögert, startete unsere Tour deutlich später als eigentlich geplant. Die Corona-Bekämpfungsverordnung der Landesregierung stellt alle im Land vor erhebliche Herausforderungen. Auch die Ämter sind mit der konkreten Umsetzung der sich ständig verändernden Landesverordnung überfordert. Während wir am 6. Mai aus Bürgergesprächen auf unserem Stand in Neustrelitz noch wertvolle Einsichten zu absurd komplizierten Abläufen in den Schulen vor Ort mitnehmen konnten, wurde unser Tourstopp in meiner Heimatstadt Barth für den 15. Mai kurzfristig amtlich untersagt. Dies ist sehr bedauerlich, denn Redebedarf über den Ausnahmezustand ist überall zu spüren. Deswegen lassen wir uns auch keinesfalls von amtlichen Schikanen entmutigen, sondern werden in Kürze einen weiteren Versuch unternehmen, Ihre Eindrücke aufzunehmen und in Impulse für eine bessere Politik in M-V zu übertragen. Am **22. Mai** werden wir zwischen 9:30 und 13:00 Uhr mit der FDP-Tour in *Wismar* am Alten Hafen Halt machen. Schauen Sie doch gerne vorbei! Wir freuen uns auf Sie!

Terminankündigung

- Karoline Preisler, die Vorsitzende unserer liberalen Landesstiftung wird am **19. Mai 2020, um 18:00 Uhr** gemeinsam mit Roland Leppek, dem Ortsvorsitzenden der FDP Neukölln-Nord einen virtuellen Stammtisch ausrichten. Dabei geht es um das Auswirkungen von Corona im privaten Leben, in der politischen Arbeit und um die Erfahrungen mit der Krankheit. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen teilzunehmen. Dazu müssen Sie sich lediglich mit folgendem Link anmelden: https://us02web.zoom.us/j/83990250421?

pwd=VGJBRXVDOGJNa0lhOWJmTTVEY0RCdz09
Meeting-ID: 839 9025 0421 Passwort: 621742

- Am **Dienstag, 19. Mai 2020** berichten die beiden Bundestagsabgeordneten Torsten Herbst und Hagen Reinhold darüber, wie sich die parlamentarische Arbeit in den vergangenen Wochen während der Corona-Krise gestaltete. Wie hat die Fraktion der Freien Demokraten ihre Oppositionsarbeit während der Krise verstanden? Welche Debatten konnten die Abgeordneten innerhalb des Bundestages anstoßen und wo sehen sie Möglichkeiten und konkrete Initiativen, aus dem Krisenmodus herauszufinden. Die Veranstaltung „Parlament im Krisenmodus“ wird ausgerichtet von der Landesgruppe Ost der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag. Es diskutieren Torsten Herbst, MdB aus Sachsen und Hagen Reinhold, MdB aus Mecklenburg-Vorpommern und Vorsitzender der Landesgruppe Ost.
  Beginn der Veranstaltung ist um **18.30 Uhr**.
  Die Teilnahme ist unter folgendem Link
  möglich: https://register.gotowebinar.com/register/7682755442436708876

- In Deutschland formieren sich seit geraumer Zeit vermehrt gewaltbereite Netzwerke von Rechtsradikalen. Rechte Vordenker rufen als Ziel der neuen Rechten die kulturelle Hegemonie aus. Die Gesellschaft soll systematisch mit rechtsradikalem und rechtsnationalem Gedankengut infiltriert werden. Das Erstarken der extremen Rechten ist auch kein rein ostdeutsches Problem, sondern betrifft alle Bürger*innen. Dabei stellt sich die Frage, ob unsere Demokratie aktuell wehrhaft genug ist. Was tut der Staat gegen eine strategisch aufgestellte rechtsradikale Szene? Wo agieren unsere Sicherheitsbehörden angemessen oder stimmt die These, dass wir „auf dem rechten Auge blind“ sind? Diese und weitere Fragen werden bei der Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit MdB Konstantin Kuhle am **15.05.2020 um 18:00 Uhr** behandelt.
  Hier finden Sie Infos zur
  Veranstaltung: https://shop.freiheit.org/#!/Veranstaltung/IBZ2E

Der Wolf hat keinen Platz hier

Mein Büro ist Gott sei Dank wolfsfrei, darum konnten wir diese tolle Verstärkung für das Büro bekommen. Auch Karl-Heinz Busen, Wolf-Fachmann der Fraktion, ließ es sich nicht nehmen, ein Foto mit unserem treuen Hirten und seinen Schafen machen zu lassen. Wir Freie Demokraten setzen uns weiterhin dafür ein, dass auch Deutschlands Schäfer außerhalb des Bundestages keine Sorge vor Isegrim haben müssen. Das haben wir mit unserem Antrag und einem Gesetzesentwurf im Bundestag deutlich gemacht und werden es auch in Zukunft tun.

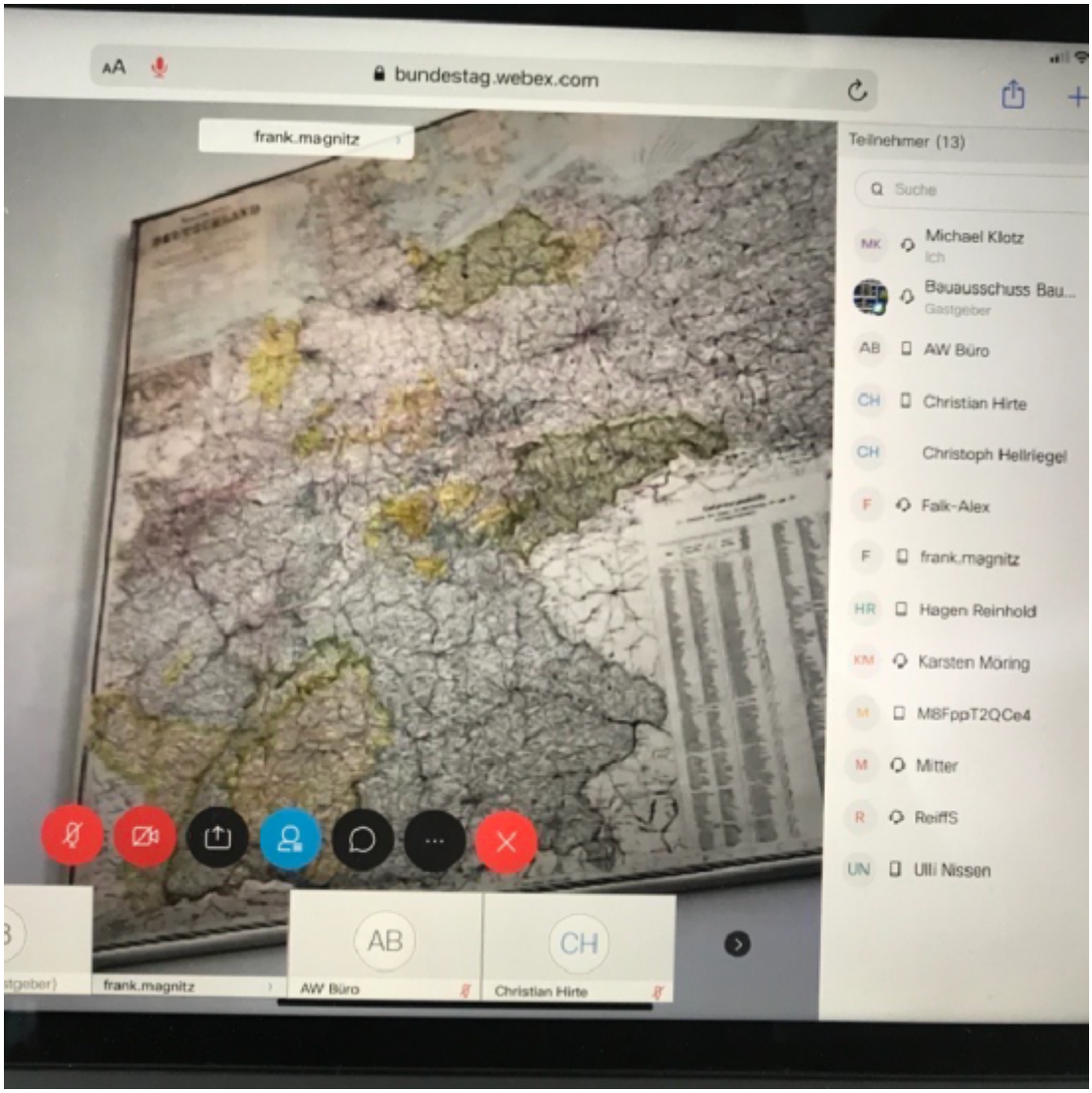
Die Holzskulptur ist eine Arbeit des Künstlers Tobias Bork aus meiner Heimatstadt Barth. Tobias Bork hat neben einem breiten Repertoire an verschiedenen Motiven auch verschiedene Ausstellungen, die Ich Ihnen sehr ans Herz legen kann.

Hier finden Sie den Antrag.

Hier finden Sie unseren Gesetzesentwurf.

Aus dem Leben eines Abgeordneten oder wie ich Zeuge des Geschichtsverständnisses der AfD wurde

Im Moment werden viele Sitzungen digital abgehalten, was uns Teilnehmern auch immer ein Stück weit in die Wohn- und Arbeitssituation der anderen hineinschauen lässt. Ich hätte mir aber nicht träumen lassen, dass ich eines Tages so etwas sehen muss. Frank Magnitz, der für die AfD am Bauausschuss teilnimmt, gab meines Erachtens ein bisschen zuviel von seiner Welt preis. Ob das Bild Deutschlands mit etwas älteren Grenzen, das bei dem AfD-MdB im Hintergrund an der Wand hing auch bei Mdb Gauland hängt, weiß ich nicht. Aber dieses Wunschdenken ist ein absolutes No-Go für einen Volksvertreter aus dem Bundestag. Besonders schockierend finde ich, dass wir zwei Tage vor dem 75. Jahrestages des Kriegsendes wieder sehen mussten, wie die AfD wirklich denkt.



Hinweis

Wollen Sie den Newsletter nicht weiter abonnieren, dann geben Sie bitte unter folgender Email-Adresse: hagen.reinhold@bundestag.de bescheid. Gefällt Ihnen mein Newsletter, dann freue ich mich, wenn Sie interessierte Bürger, Freunde und Bekannte auf meinen Newsletter aufmerksam machen. Diese können sich unter gleicher E-Mail-Adresse oder auf meiner Homepage: https://hreinhold.abgeordnete.fdpbt.de/ anmelden.

Kontaktdaten

Hagen Reinhold, MdB
Vorsitzender der Landesgruppe Ost der Fraktion der Freien Demokraten
Deutscher Bundestag | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-78388 | Telefax: +49 30 227-70390
hagen.reinhold@bundestag.de

Verantwortlich
Hagen Reinhold, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
E-Mail: hagen.reinhold@bundestag.de, Internet: https://www.hagen-reinhold.de

Wenn Sie diesen Service nicht mehr nutzen wollen, können Sie ihn hier wieder abmelden.